



Niederschrift

6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 11.08.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:31 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Marie Schäffer Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt	SPD	
Herr Leon Troche	SPD	Teilnahme bis 20:23 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:23 Uhr
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Lars Eichert	CDU	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Daniel Keller	SPD	
Herr David Kolesnyk	SPD	
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Matthias Finken	CDU	
Frau Dr. Anja Laabs	DIE aNDERE	
Herr Steffen Pfrogner	DIE aNDERE	

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel	BürgerBündnis	
Herr Frank Hübner	Die Andere	
Herr Peter Mundt	DIE LINKE	
Frau Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	Teilnahme bis 19:30 Uhr

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg	Dezernent Geschäftsber. Zentr.Verwaltung
--------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Ambros Josef Tazreiter AfD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis nicht entschuldigt

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich AfD nicht entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis nicht entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Robert Hirsch CDU entschuldigt

Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Udo Sist Beirat für Menschen mit Behinderungen nicht entschuldigt

Schriftführer:

Herr Florian Kämmerzähl, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des
öffentlichen Teils der Sitzungen vom 11.02.2020 und 05.05.2020 / Feststellung
der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Plattform zur Abstimmung von Veranstaltungsterminen in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0303
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport,
Fachbereich Kultur und Museum

- 4.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
Vorlage: 20/SVV/0032
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 4.3 Sitzungskalender 2021
Vorlage: 20/SVV/0524
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Berichterstattung: Online-Bewerbungen
gemäß Beschluss: 19/SVV1304
- 6 Stellungnahme zum Verfahren bei Einwohnerversammlungen, insbesondere bei
Terminverschiebungen durch die Verwaltung
- 7 Auswertung der Testphase des MaerkerPlus-Portals als Baustein des Ideen-
und Beschwerdemanagements in der LHP von 2017 bis 2019
Vorlage: 20/SVV/0815
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 8 Statistische Auswertung des Maerker-Portals 2018
Vorlage: 20/SVV/0816
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 9 Sonstiges
- 10 Mündliche Berichterstattung
Beitritt zum Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg,
DS 20/SVV/0800

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schäffer, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 11.02.2020 und 05.05.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Schäffer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden, stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur **Niederschrift der 4. Sitzung** des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 11.02.2020 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Enthaltungen **bestätigt**.

Zur **Niederschrift der 5. außerordentlichen Sitzung** des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 05.05.2020 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Enthaltungen **bestätigt**.

Der Dezernent für Zentrale Verwaltung, Herr Jetschmanegg, bittet die Ausschussmitglieder darum, die mündliche Berichterstattung zum Beitritt zum Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg, DS 20/SVV/0800, zu Beginn

der Sitzung zu behandeln, da Frau Kühlewind als Vertreterin den Zweckverband vorstellen und für Fragen zur Verfügung stehen wird.

Abstimmung:

Die Änderung in der Reihenfolge wird

einstimmig angenommen.

Die so geänderte Tagesordnung wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

einstimmig angenommen.

NEU

**Mündliche Berichterstattung
Beitritt zum Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg,
DS 20/SVV/0800**

Herr Bierig aus dem Fachbereich E-Government wirbt mit einer PowerPoint-Präsentation für den Beitritt zum Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam.

Frau Schäffer erteilt das Wort Frau Kühlewind.

Frau Kühlewind hält zu Beginn fest, dass das Leistungsspektrum des Zweckverbandes keinen Abnahmezwang nach sich ziehen würde.

Frau Schäffer, Herr Eichert und Frau Laabs bemängeln, dass eine Entscheidungsfindung in der heutigen Ausschusssitzung schlicht weg unmöglich sei, weil die Beschlussvorlage nicht mehr in der digitalen Aktenmappe enthalten war.

Herr Eichert äußert Bedenken hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit des Zweckverbandes gegenüber Leistungen und Dienstleistungen, die am freien Markt käuflich zu erwerben seien. Frau Kühlewind entgegnet darauf, dass die digitale Souveränität eines solchen Zweckverbandes, also die Marktmacht mehrere Kommunen, welche mit einer Stimme sprechen, ein nicht zu unterschätzender Vorteil sei. Der kostengünstigere Erwerb von Lizenzen könnte für die Landeshauptstadt Potsdam von Interesse sein.

Frau Schäffer fragt, welche Leistungen in dem Grundbetrag i. H. v. 6.000,00 € im Jahr enthalten sind. Außerdem möchte sie wissen, ob Beratungsleistungen grundsätzlich kostenlos sind. Darüber hinaus fragt sie, ob die Rückkopplung nach einer Verfahrensumstellung beim Hosten mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre.

Auf die erste und zweite Frage antwortet Frau Kühlewind, dass eine der Leistungen, die im jährlichen Grundbetrag enthalten sind, eine IT-Inventur des Verbandsvorstehers sei. Bei einer Firma in der freien Wirtschaft würde für eine Inventur pro Tag 1.000,00 € berechnet werden. Allein deshalb sei der jährliche Grundbetrag i. H. v. 6.000,00 € für die Kommunen wirtschaftlich vertretbar, so Frau Kühlewind.

Zur dritten Frage antwortet sie, dass eine Hosting-Rückkopplung individuell zu beurteilen sei. In dem Zusammenhang ergänzt sie, dass aktuell bereits mehrere Fachverfahren zentral vom Rechenzentrum in Cottbus gehostet werden.

Herr Bierig sensibilisiert die Ausschussmitglieder dafür, dass ein möglicher Beitritt zum Zweckverband keine Leistungssteigerung garantieren könne. Dafür gilt es vorrangig seine eigenen Hausaufgaben zu machen. Das heißt, dass die Strukturierung der IT-Schnittstellen eine Aufgabe und Voraussetzung ist, die die Landeshauptstadt von sich aus bewältigen müsse. Abschließend trifft Herr Bierig die Einschätzung, dass die Auslagerung von (IT-)Kompetenzen an den Zweckverband im Zuge eines vernünftigen Ressourcenmanagements der Landeshauptstadt unumgänglich sei, sofern ein Beitritt beschlossen werden würde.

Frau Prof. Dr. Schwarz hält fest, dass der Beitritt zum Zweckverband eine wichtige Voraussetzung für die digitale Transformation im Land Brandenburg sei. Gesetzliche Anpassungen könnten möglicherweise schneller initiiert werden, wenn die vormals erwähnte Machtmacht bzw. Gruppenstärke eines größeren Zweckverbandes darauf hinweist. Des Weiteren würde ein Beitritt zum Zweckverband die Open Source-Nutzung eröffnen. Dabei ist die Mandantenfähigkeit der Software wichtig. Abschließend erhofft sich Frau Prof. Dr. Schwarz mit dem möglichen Beitritt zum Zweckverband auch eine Annäherung zur Entstehung eines (eigenen) kommunalen Rechenzentrums.

Frau Laabs fragt Herrn Jetschmanegg, ob unabhängig von einem möglichen Beitritt auch die angespannte Personalsituation in den IT-Bereichen der Landeshauptstadt im Blick behalten wird. Außerdem möchte sie wissen, welchen Einfluss der Zweckverband (mit Potsdam als Mitglied) auf diesen Ausschuss haben werde.

Herr Jetschmanegg versichert, dass nach wie vor am Personalaufwuchs in den IT-Bereichen gearbeitet werde. Im Falle eines Beitritts, würde dem Ausschuss regelmäßig über die Aktivitäten Bericht erstattet werden. Über die Köpfe der Stadtverordneten hinweg, könne die Verwaltung keine ausschlagenden finanziellen Entscheidungen treffen. Herr Jetschmanegg verweist dabei auf die Wertgrenzen, die in der Brandenburgischen Kommunalverfassung festgelegt sind.

Herr Eichert sieht die Landeshauptstadt mit Kompatibilitätsproblemen bei den Schnittstellen konfrontiert, sofern Microsoft Office das Betriebssystem bleibe. Daran anknüpfend fragt Frau Schäffer Frau Kühlewind, ob Microsoft Windows für die Nutzung von Diensten des Zweckverbands als Betriebssystem bestehen bleiben müsse. Frau Kühlewind verneint beides.

zu 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Herr Kärsten von der Werkstadt für Beteiligung berichtet, dass es im Rahmen der Sicherheitsstandards zur Eindämmung von COVID-19 sehr problematisch sei, größere Räume für größere Beteiligungsformate zu akquirieren.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Plattform zur Abstimmung von Veranstaltungsterminen in Potsdam Vorlage: 20/SVV/0303

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport,
Fachbereich Kultur und Museum

Frau Peetz-Mühlstein aus dem Bereich Kultursteuerung und -marketing informiert darüber, dass zum einen gegenwärtig mit den Kulturträgern in Potsdam abgestimmt werde, wann Termine für größere Veranstaltungen durchführbar sind, ohne dabei Terminkollisionen zu verursachen.

Und zum anderen soll eine Marktanalyse über die Vergabestelle durchgeführt werden, mit der eine digitale Plattform ausfindig gemacht werden soll, welche die Terminkoordinierung optimieren kann.

Herr Hübner begrüßt die Koordinationsbestrebungen der Landeshauptstadt Potsdam.

Frau Struck vom Beteiligungsrat fragt, ob auch Sportveranstaltungen in der Planung berücksichtigt werden.

Frau Peetz-Mühlstein entgegnet, dass der Fokus momentan auf (reine) Kulturveranstaltungen liege.

Eine ähnliche Terminkoordinierung für Sportveranstaltungen könnte vom entsprechenden Fachbereich (Bildung, Jugend und Sport) initiiert werden.

Die Ausschussmitglieder **nehmen** die Vorlage im Anschluss **zur Kenntnis**.

zu 4.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung Vorlage: 20/SVV/0032

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Schäffer stellt die Vorlage zur Diskussion.

Herr Eichert hält eine Prüfung des Antraginhaltes aus datenschutzrechtlicher Sicht für zielführend. Es sei höchste Zeit, dass die Landeshauptstadt datenschutzrechtlichen Standards entspreche.

Herr Hübner stellt klar, dass der Begriff „Open Source“ nicht zwangsläufig mit dem Betriebssystem *Linux* einhergeht. „Open Source“ ermögliche zusammengefasst den Einblick bzw. die Kontrolle von (Computer-)Programmen aus Sicht des Anwenders.

Frau Schäffer führt aus, dass eine Open Source-Umstellung auf mehreren Ebenen mit Vorteilen verbunden wäre. So könnte beispielsweise die lokale IT-Wirtschaft mit Aufträgen der Landeshauptstadt gefördert werden. Ein Anbieter- und/oder Produktwechsel würde sich innerhalb dieses überschaubaren Anbietermarktes ebenfalls unkomplizierter vollziehen lassen (im Vergleich zu einem Marktriesen wie Microsoft).

Sie fragt Herrn Bierig, ob die Präsentation eines Konzepts zur Nutzbarkeit von Open Source-Software in der Landeshauptstadt zur nächsten Ausschusssitzung am 08.09.2020 realisierbar wäre.

Herr Bierig gibt zu bedenken, dass die Ressourcen der IT-Bereiche nach wie vor mit der Aufarbeitung des Hackerangriffes gebunden seien.

Um ein qualitativ ansprechendes Konzept ausarbeiten zu können, bedarf es zum einen mehr Zeit und zum anderen einer konkreten Fragestellung. Wenn überhaupt, dann wäre die Fertigstellung eines Konzepts in der übernächsten Sitzung am 06.10.2020 realistisch.

Frau Prof. Dr. Schwarz stellt die Umsetzung von Datenschutzkonformität als Zweck für eine mögliche Open Source-Nutzung in den Vordergrund.

Herr Marquardt regt in Richtung von Herrn Bierig an, die Erfahrungen zu bereits genutzter Open Source-Software zu sammeln und diese zu gegebenem Anlass im Ausschuss zu präsentieren.

Frau Schäffer schlägt vor, für den Antragsinhalt einen Prüfauftrag auszulösen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Frau Laabs stimmt dem ursprünglichen Antrag zu.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Gegenstimme.

zu 4.3 **Sitzungskalender 2021**

Vorlage: 20/SVV/0524

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Schäffer stellt den Antrag vor.

Nachdem es keinen Diskussionsbedarf gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 **Berichterstattung: Online-Bewerbungen gemäß Beschluss: 19/SVV1304**

Herr Jetschmanegg informiert darüber, dass das von der Landeshauptstadt bereits genutzte Fachverfahren LOGA nun ein Modul anbiete, mit dem sich die Bearbeitung von Online-Bewerbungen von Anfang bis Ende digital vollziehen ließe.

Da dieses Modul für aktuelle Bewerbungen noch nicht zur Verfügung steht, fragen Frau Schäffer und Herr Eichert nach der Möglichkeit einer schnellen, unkomplizierten, datenschutzkonformen „Low-Tech-Lösung“ durch Anbieten verschlüsselter E-Mails. Schließlich sei das Thema bereits in der 4. Sitzung des Ausschusses am 11.02.2020 thematisiert worden. „Wurden Low-Tech-Möglichkeiten überhaupt geprüft?“, fragt Frau Schäffer. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass die IT-Bereiche bisher anderen, operativen Prioritäten nachkommen mussten, allem voran der Hackerangriff. Dennoch habe man versucht, den Bewerberinnen und Bewerbern größtmöglich entgegenzukommen, indem man beispielsweise die Bewerbungsfristen verlängerte habe, so Herr Jetschmanegg.

Wann genau das Modul zur Verfügung stehen wird, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden.

Die zweite Möglichkeit wäre die Inanspruchnahme des Stellenportals *Interamt*. Dabei handele es sich aber um ein völlig neues Fachverfahren, welches mit entsprechendem Mehraufwand verbunden sei.

Frau Schäffer schlägt als kurzfristige Lösung einen PGP-Schlüssel auf der Website der Landeshauptstadt Potsdam vor. Daran anknüpfend hält sie fest, dass ihr Vorschlag mit Open-Source-Software kompatibel sei.

Herr Hübner weist darauf hin, dass der Button „Bewerben“ bei der Stellenausschreibung zur Bereichsleitung IT-Strategie und -Gesamtsteuerung auf www.potsdam.de nicht funktioniert habe.

Herr Jetschmanegg bietet an, zu den nächsten Ausschusssitzungen kontinuierlich über die Fortschritte zu berichten.

Frau Schäffer bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt auch für die nächste Sitzung am 08.09.2020 auf die Tagesordnung zu nehmen.

zu 6 Stellungnahme zum Verfahren bei Einwohnerversammlungen, insbesondere bei Terminverschiebungen durch die Verwaltung

Herr Jetschmanegg hält fest, dass gem. § 4 c) der Hauptsatzung die zweiwöchige Bekanntmachungsfrist für Einwohnerversammlungen klar und unmissverständlich geregelt sei.

Herr Kärsten vermutet, dass es Herrn Menzel vielmehr um jenen Zeitraum gehe, der zwischen der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung (§ 4 a) Hauptsatzung) und der Bekanntgabe von Ort, Zeit und Gegenstand der Einwohnerversammlung (§ 4 c) Hauptsatzung) liegt. Jener Zeitraum jedoch, ist gesetzlich unbestimmt. Herrn Menzel fehle damit die gesetzliche Grundlage, um die Verwaltung zu rügen.

Auf Nachfrage von Frau Laabs kann Herr Jetschmanegg bestätigen, dass der Beschwerdeinhalt von Herrn Menzel bisher einmalig sei.

**zu 7 Auswertung der Testphase des MaerkerPlus-Portals als Baustein des Ideen- und Beschwerdemanagements in der LHP von 2017 bis 2019
Vorlage: 20/SVV/0815**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Nachdem Herr Schulz, kommissarischer Fachbereichsleiter für Kommunikation und Partizipation, die wichtigsten Eckdaten zur Auswertung des MaerkerPlus-Portals präsentiert, fragt Frau Schäffer nach einer Übersicht zu Eingaben und Beschwerden für die entsprechenden Jahre (2017 – 2019). Schließlich sei einer Berichterstattung zu selbigem in der Klausurtagung am 10.03.2020 zugesagt worden.

Herr Hübner fragt, wie oft das optionale Häkchen „StVV“ im Zusammenhang mit Ideen und Vorschlägen der Bürger*innen im MaerkerPlus-Portal genutzt worden ist.

Herr Schulz informiert darüber, dass das Portal seit dem 03.08.2020 auf www.potsdam.de wieder online ist.

Er nimmt die Fragen der Ausschussmitglieder entgegen und weist in dem Zuge noch einmal darauf hin, dass sich der Vorlageninhalt auf die Zeit von 2017 bis 2019 beschränke.

Der Ausschuss **nimmt** die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

zu 8 Statistische Auswertung des Maerker-Portals 2018

Vorlage: 20/SVV/0816

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Nachdem Herr Schulz die statistische Auswertung des Maerker-Portals für das Jahr 2018 präsentiert, fragt Frau Laabs, warum eine Auswertung nur für 2018 erfolgte. Eine statistische Auswertung, die auch das Jahr 2019 abgebildet hätte, wäre aus ihrer Sicht mindestens angemessen gewesen. Herr Eichert schließt sich dieser Kritik an. Er ergänzt, dass eine Aufschlüsselung der Bearbeitungsschritte in der Präsentation nicht ersichtlich gewesen sei.

Herr Mundt empfiehlt, die Themengruppen (Seite 7, Abbildung 1 in der Anlage zur Mitteilungsvorlage) mit Kennzahlen zu versehen, die für künftige statistische Auswertungen als feste Standards gelten könnten.

Frau Struck wünscht sich eine Gegenüberstellung der veränderten personellen Ressourcen im Verhältnis zu den bearbeiteten Fallzahlen. Daran anknüpfend merkt sie an, dass der Beteiligungsrat von den Bürgerinnen und Bürgern als Kompensationsplattform genutzt worden wäre, als das Maerker-Portal offline war. Herr Jetschmanegg weist diese Kritik von sich und stellt klar, dass die Landeshauptstadt Potsdam während der ersten Ansteckungswelle von COVID-19 alle verfügbaren personellen Ressourcen dafür genutzt hatte, den Bürgerinnen und Bürgern z.B. über die eigens dafür eingerichtet Hotline eine Anlaufstelle zu bieten, an die sich vorrangig mit gesundheitlichen, wirtschaftlichen, organisatorischen Problemen und Fragestellungen gewandt werden konnte. Er ergänzt, dass die Stelle zur Bearbeitung von Maerker-Eingängen erst im März dieses Jahres besetzt werden konnte.

Der Ausschuss **nimmt** die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

zu 9 Sonstiges

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keinen weiteren Gesprächsbedarf.